
SONDERAUSGABE MÄRZ 2023

CHINAH

近觀中國



DIE SCHEINHEILIGKEIT DER
AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE

UND IHRE GLOBALEN RISIKEN

SONDERNEWSLETTER DER
CHINESISCHEN BOTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND



„DIE VIELFALT DER ZIVILISATIONEN DER WELT GEBIETET, DASS DIE DEMOKRATISCHEN FORMEN NICHT EINHEITLICH SIND UND DEN SPEZIFISCHEN NATIONALEN BEDINGUNGEN RECHNUNG TRAGEN MÜSSEN.“

ESSAY DES BOTSCHAFTERS

China hat vor kurzem den Nationalen Volkskongress beendet und eine neue Führung gewählt. Das hat die Regierungsfähigkeiten gestärkt sowie der Entwicklung neuen Schwung und Stabilität verliehen. Es hat aber auch gezeigt, wie die chinesische Demokratie funktioniert. Das Land hat ein umfassendes Paket institutioneller Verfahren und partizipatorischer Praktiken entwickelt und umgesetzt, welche die „Volksdemokratie des gesamten Prozesses“ von einem bloßen Wertkonzept in eine greifbare Organisationsform, einen praktikablen Regierungsmechanismus und eine gesellschaftliche Lebensweise verwandelt haben. Das alles ist in China tief verwurzelt.

Chinas demokratisches System, das sich von der westlichen Demokratie unterscheidet, hat dem Land Stabilität, Wohlstand und Harmonie gebracht und es hat den Weg für einen „chinesischen Ansatz zur Modernisierung“ geebnet. Das ist Beweis dafür, dass die Demokratie als gemeinsamer Wert der Menschheit in der Praxis verschiedene Formen annehmen kann. Die Vielfalt der Weltzivilisation gebietet, dass die demokratischen Formen nicht einheitlich sind und den spezifischen nationalen Bedingungen Rechnung

tragen müssen. Es ist nicht zweckdienlich, anderen Ländern eine bestimmte demokratische Form aufzudrängen, ohne ihre besonderen kulturellen Umstände zu berücksichtigen.

Mit Besorgnis haben wir beobachtet, dass bestimmte Nationen trotz innenpolitischer Spaltungen und sozialer Probleme immer noch bestrebt sind, ihr Modell der „Demokratie“ zu „exportieren“. Aber sie nutzen Ihr Demokratiemodell auch als Rechtfertigung, um einseitige Sanktionen, extraterritoriale Gerichtsbarkeit und militärische Interventionen gegen andere Länder durchzusetzen. Dieser Hegemonismus unter der Fahne der Demokratie steht im Widerspruch zu den globalen Friedens- und Entwicklungstendenzen und ist einer der treibenden Faktoren, der zu den derzeitigen Krisen und Unruhen in der Welt beigetragen hat.

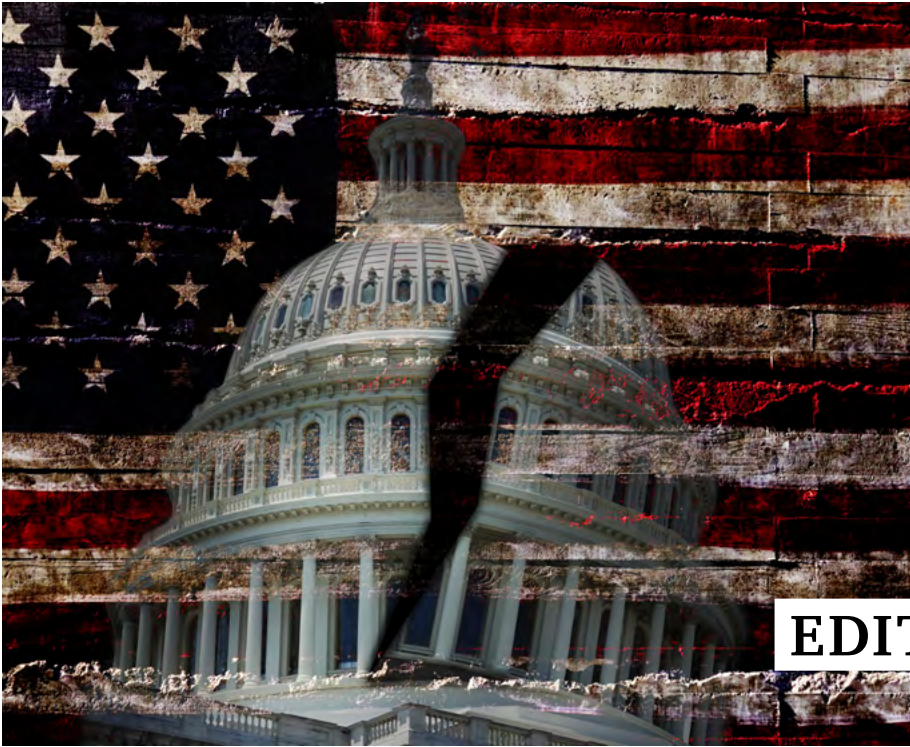
Chinas Regierungssystem mag nicht vollkommen sein, aber das Land hat sich eine selbstkritische und offene Haltung bewahrt und sein System kontinuierlich verbessert. China ist auch bestrebt, den Austausch und das gegenseitige Lernen in der internationalen Gemeinschaft zu fördern, ohne zu versuchen, sein eigenes Sys-

tem zu exportieren. Die von Präsident Xi Jinping vorgeschlagene „Globale Zivilisationsinitiative“ setzt sich für ein inklusives Zusammenleben und gegenseitiges Lernen zwischen den verschiedenen Zivilisationen ein, was den Respekt für die verschiedenen Kulturen beinhaltet und ihr Recht auf individuelle Entwicklungswege unterstützt. Diese Initiative entspricht den Bedürfnissen der internationalen Gemeinschaft und wurde von führenden Politikern weltweit positiv aufgenommen.

Der Trend zu Multipolarität und Demokratisierung in den internationalen Beziehungen ist ein globales Phänomen und ein gemeinsamer Wunsch der Menschen aller Nationen. In einer Welt, die von Turbulenzen geprägt ist, sind Stabilität und Hoffnung wichtiger als je zuvor. China setzt sich weiterhin dafür ein, mit neuen Ideen und Lösungen den globalen Frieden, den Wohlstand und den Fortschritt der menschlichen Zivilisation zu fördern.

Wu Ken

Botschafter Chinas in Deutschland



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Die amerikanische Demokratie befindet sich im Niedergang. Und das hat schwerwiegende Folgen für die Weltpolitik. Spätestens mit dem Sturm aufs Capitol wurde klar, dass die politische Polarisierung in den USA kritische Grenzen erreicht hat, die zu Bruchlinien quer durch die amerikanische Gesellschaft geführt haben. Republikaner und Demokraten blockieren lebenswichtige Gesetzgebungsprozesse und machen das Land regierungsunfähig, Fake News beherrschen den öffentlichen Diskurs und mehrere Bundesländer haben sich zu regelrechten Einparteiestaaten im Staat entwickelt. An vielen Stellen werden die Grundpfeiler der Demokratie in den USA untergraben. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer, der Drogenkonsum gerät an vielen Stellen so weit außer Kontrolle, dass man schon von Zombie-Städten spricht und die Waffengewalt eskaliert landesweit. Es fragt sich, wie lange der soziale Frieden mit solchen Zuständen noch gewahrt werden kann und wie das mit fundamentalen Menschenrechten vereinbar ist.

Die innenpolitischen Polarisierungen und Spannungen beeinflussen maßgeblich den Entscheidungsprozess der US-Außenpolitik zum Schaden der gesamten internationalen Gemeinschaft. Um intern Wählerstimmen zu erhaschen, wird extern medienwirksam diplomatisches Porzellan zerschlagen und die globale Sicherheitsarchitektur ins Schwanken gebracht. Langfristige und strategisch sinnvolle Entscheidungen sind in Washington kaum noch möglich. Machtdemonstrationen, Protektionismus, Hegemonie, Sanktionen und Eindämmung sind die Schlagwörter, die den Wahlkampf und die US-Außenpolitik bestimmen - besonders mit Blick auf China. In dem Kampfgebrüll erinnert sich niemand mehr an die weisen Worte von Henry Kissinger, der einst sagte: „Im Umgang mit China müssen die Vereinigten Staaten sicherstellen, dass geopolitische Angelegenheiten nicht von innenpolitischen Kämpfen oder der öffentlichen Meinung beeinflusst werden.“ Experten nennen die derzeitige US-Außenpolitik „hysterisch“ und sprechen von einer völlig irrationalen „Mob-Diplomatie.“

Ausgerechnet diese innerlich gesplittete und vom Zerfall bedrohte Demokratie exportieren die USA - oft genug gewaltsam - in andere Länder und in andere Kulturen. Im Grunde sind das Hegemoniebestrebungen im Gewand der Demokratie getrieben von der Angst, die globale Vormachtstellung zu verlieren. Was soll anderes dabei herauskommen als Kriege und Katastrophen wie in Afghanistan oder im Irak? Das sind übrigens nicht unsere Worte, sondern die Einschätzungen von renommierten Autoren, unter anderem der Foreign Affairs, die wir in diesem Sondernewsletter erstmals in dieser Form mit einbezogen haben.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre CHINAH-Redaktion



2 JAHRE DANACH: AMERIKAS DEMOKRATIE IN GEFAHR

Seit den Unruhen vor zwei Jahren auf dem Capitol Hill kämpfen die USA verstärkt mit politischer Polarisierung und einem Verfall demokratischer Normen. Thinktanks wie die **Brookings Institution** haben diesen Prozess analysiert und die treibenden Faktoren benannt, die für den Niedergang der amerikanischen Demokratie verantwortlich sind.

Polarisierung: Die wachsende Kluft zwischen Republikanern und Demokraten erschwert es, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Basis zu finden. Das führt zu einem Stillstand und zu einer Situation, in der Gesetze nicht mehr verabschiedet werden.

Desinformation: Die zunehmende Bedeutung der sozialen Medien und die Verbreitung von Fake News machen es den Amerikanern fast unmöglich, zwischen Fakten und Fiktionen zu unterscheiden, wodurch das Vertrauen in die Institutionen geschwächt und der demokratische Prozess ausgehöhlt wird.

Unterdrückung der Wähler: Das Bestreben, insbesondere bei Minderheitengruppen den Zugang zur Wahl

einzu­schränken, haben den Grundsatz „eine Person, eine Stimme“ unterminiert. Ein derartiges Vorgehen wird oft mit Behauptungen über Wahlbetrug gerechtfertigt.

Gerrymandering: Die Manipulation der Bezirksgrenzen zugunsten einer politischen Partei führt dazu, dass Sitze geschaffen werden, die für die gegnerische Partei unmöglich zu gewinnen sind.

„DIE AMERIKANISCHE DEMOKRATIE UNTERGRÄBT SICH SELBST UND IST EIN NÄHRBODEN FÜR EXTREMISMUS.“

Geld in der Politik: Der Einfluss finanzieller Macht und Interessen in der amerikanischen Politik nimmt zu, wobei wohlhabende Spender und spezielle Lobbygruppen erheblichen Einfluss auf die Volksvertreter ausüben.

Der High Court hat das in der Verfassung verankerte Recht auf Abtreibung gegen den Mehrheitswillen der

Bevölkerung aufgehoben, was laut *The Guardian* gleich mehrere fundamentale Fragen über den Zustand der Demokratie aufwirft, nicht zuletzt die nach der Parteinahme bei der Ernennung der Richter. Die Urteile des Gerichtshofs sind zunehmend parteipolitisch und ideologisch geprägt.

The Economist konstatiert diese Zustände nicht nur auf der Bundes- sondern auch auf der Landesebene und nennt es „Petrischalen der Polarisierung.“ Die Zahl der Bundesstaaten, in denen eine Partei beide Parlamentskammern und den Gouverneurssitz kontrolliert, hat sich in den letzten 30 Jahren fast verdoppelt. Das führt zu einer neuen Politik der Konfrontation zwischen blauen und roten Staaten, bei der ein wahrer Kulturkampf entbrannt ist, der von der Diskurshoheit im Klassenzimmer bis zum Kauf einer Waffe reicht. Im Endergebnis untergräbt sich die amerikanische Demokratie selbst und wird zum Nährboden für Extremismus.



DER NIEDERGANG DER US-DEMOKRATIE STAATSVERSAGEN UND SOZIALE SPANNUNGEN

„WAFFENGEWALT IST IN DEN VEREINIGTEN STAATEN EIN DAUERTHEMA, DAS DEN ANSPRUCH DER MENSCHEN AUF EIN UNVERSEHRTES LEBEN VERLETZT UND DIE MENSCHENRECHTSBILANZ DES LANDES TRÜBT.“

Der Niedergang der amerikanischen Demokratie hat zu einer Verschlechterung der Regierungsfähigkeit des Landes geführt. Die Folgen sind soziale Instabilität und Spannungen, die sich in einer Zunahme der Ungleichheit zwischen Arm und Reich, des Drogenmissbrauchs und der Waffengewalt zeigen.

Ökonomische Polarisierung: Die Vereinigten Staaten sind die größte Volkswirtschaft der Welt und mit einem Gini Koeffizienten von über 0,4 die wirtschaftlich am stärksten polarisierte unter den westlichen Nationen. Die steigende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung konnte trotz massiver fiskalischer und finanzieller Anreize nicht beseitigt werden, im Gegenteil, die Reichen werden immer reicher und die Armen kämpfen vermehrt ums Überleben. Diese chronische Krankheit der amerikanischen Gesellschaft gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern sie stößt an die Grundpfeiler der Demokratie und der Menschenrechte.

Drogenmissbrauch: In den USA leben 4% der Weltbevölkerung, aber sie repräsentieren 12% des weltweiten Drogenkonsums. Sämtliche Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Problems waren bisher unwirksam. Es wäre ein umfassender Ansatz erforderlich mit einer Politikreform, einer Aufstockung der Mittel für Aufklärung, Prävention und Behandlung sowie einem besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Waffengewalt: Waffengewalt ist in den Vereinigten Staaten ein Dauerthema, das den Anspruch der Menschen auf ein unversehrtes Leben verletzt und die Menschenrechtsbilanz des Landes trübt. Das Zusammenspiel von Waffenkultur, Individualrechten, Interessengruppen und Parteipolitik blockiert jeden Versuch zur Bewältigung dieses Problems. In der Unabhängigkeitserklärung werden Leben, Freiheit und das Streben nach Glück als unveräußerliche Rechte hervorgehoben, wobei das Recht auf Leben das wichtigste ist. Die Eskalation von Schusswaffengewalt hat jedoch den amerikani-

schen Traum erschüttert und dazu geführt, dass man jetzt öffentlich über die Lage der Menschenrechte in den USA nachdenkt. Einige US-Politiker jedoch zeigen sich gegenüber dem Recht des amerikanischen Volkes auf Leben apathisch und beschränken sich auf leere Rhetorik und Schuldzuweisungen an die Menschenrechtslage in anderen Ländern. Sie müssen aber die Verantwortung für dieses Problem in ihrem eigenen Land übernehmen und endlich Maßnahmen ergreifen, die der amerikanischen Bevölkerung ein Leben in Freiheit und ohne Angst vor Waffengewalt ermöglichen.



DIE US-POLITIK MACHT NICHT MEHR AN DER WASSERKANTE HALT

„DIE AKTUELLE INNEN-
POLITISCHE POLARISIERUNG
DER USA BEEINTRÄCHTIGT
AUCH DEN AUSSENPOLITISCHEN
ENTSCHEIDUNGSPROZESS DES
LANDES UND GEFÄHRDET DIE
INTERNATIONALE ORDNUNG.“



Das Sprichwort „*politics stops at the water's edge*“ besagt, dass die Formulierung wichtiger außenpolitischer Entscheidungen nicht von der Innenpolitik abhängig gemacht werden sollten. Dieses Grundprinzip gilt seit langem in den internationalen Beziehungen. Die aktuelle innenpolitische Polarisierung der USA beeinträchtigt jedoch den außenpolitischen Entscheidungsprozess des Landes, der zunehmend einem rücksichtslosen und aggressiven Ansatz folgt. Beide US-Parteien streben eine von harten Maßnahmen geprägte **protektionistische Politik** an, mit der sie um die Gunst der heimischen Wähler buhlen. Das geschieht auf Kosten langfristiger strategischer Überlegungen und der Interessen der internationalen Gemeinschaft. Die daraus resultierende Unsicherheit und Instabilität laufen Gefahr, die globale Sicherheitsarchitektur und die Weltwirtschaft zu schädigen.

Die Polarisierung der US-Außenpolitik bringt neben dem aggressiveren Ansatz auch eine isolationalistische Haltung der Regierung und eine Machtkonzentration beim Präsidenten hervor. Die Kontrolle durch den Kongress im Inneren hat abgenommen, was sich zugleich negativ nach außen auf die Ordnung der Weltpolitik aus-

wirkt. Die Auswirkungen gehen über die institutionelle Erosion hinaus und schwächen die internationalen amerikanischen Allianzen und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Dies hat zu einem kontradiktorischen Ansatz in der Außenpolitik geführt, der weitreichende Auswirkungen auf die globale Governance und Sicherheit haben kann.

Es bedarf großer Anstrengungen, um die innenpolitische Kluft zu überbrücken und um einen Konsens in wichtigen außenpolitischen Fragen wiederherzustellen. Dies erfordert ein differenzierteres Verständnis der Beziehung zwischen Innen- und Außenpolitik sowie eine erhöhte Bereitschaft zu konstruktivem Dialog und Kompromissen.

Die Vereinigten Staaten haben eine lange Geschichte des Handelspro-

tektionismus, aber die derzeitige Politik ist extremer denn je. Das kürzlich eingeführte IRA-Gesetz ist besonders besorgniserregend, da es eine deutliche Abkehr von den 30 Jahren des globalen Freihandels seit dem Ende des Kalten Krieges darstellt. Man geht davon aus, dass seine Umsetzung nicht nur den amerikanischen Verbrauchern schadet, sondern auch das internationale Handelssystem empfindlich stört und sich negativ auf die europäischen Interessen auswirkt. Leider wird die Einführung dieses Gesetzes weitgehend von innenpolitischen Kämpfen beeinflusst, **bei denen sowohl die Biden- als auch die Trump-Administration eine protektionistische Politik verfolgen**, um ihre eigenen parteipolitischen Interessen zu schützen.



DIE AMERIKANISCHE POLITIK GEGENÜBER

CHINA IST „HYSTERISCH“



Henry Kissinger hat einmal gesagt: „Im Umgang mit China müssen die Vereinigten Staaten sicherstellen, dass geopolitische Angelegenheiten nicht von innenpolitischen Kämpfen oder der öffentlichen Meinung beeinflusst werden.“ Leider ist das nicht geschehen. Anhaltende falsche Wahrnehmung und strategische Fehleinschätzungen Chinas durch die USA haben dazu geführt, dass „Härte zeigen gegenüber Beijing“ als „politische Korrektheit“ gilt. Die US-Diplomatie ist nicht mehr in der Lage, rationale und professionelle Beziehungen zu China zu pflegen. Stattdessen wird China wirtschaftlich blockiert und eingedämmt sowie politisch unter Druck gesetzt. Dieser Ansatz verletzt nicht nur die Rechte und legitimen Interessen vieler anderer Länder, sondern behindert auch die globale Zusammenarbeit in kritischen Fragen wie dem Klimawandel. Letztlich schaden die USA damit nur sich selbst und ihrer Glaubwürdigkeit.

In diese Kategorie fällt auch der „Ballon-Vorfall“. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat Wang Yi, Mitglied des Politbüros des ZKs der KPCh, dargelegt, wie die USA aus innenpolitischen Gründen einen vom Kurs abgekommenen chinesischen Forschungsballon zu einem

internationalen Zwischenfall hochstilisieren. Dieser hysterische Akt ist ein Missbrauch von Gewalt und ein klarer Verstoß gegen gängige Praktiken und einschlägige internationale Konventionen. Am Ende war es eine inszenierte Farce.

Staatsrat und Außenminister Qin Gang hat darauf hingewiesen, dass ein auf Konfrontation und Eigenvorteil ausgerichteter Wettbewerb der USA mit China die Zukunft und die Interessen der Menschheit gefährdet. Eindämmung und Unterdrückung nützen niemandem, sie werden Amerika nicht groß machen und die Verjüngung Chinas nicht aufhalten. Gute Beziehungen zwischen China und den USA sind entscheidend für die Zukunft der Welt.

In den USA und Europa mehren sich die Stimmen für eine pragmatische US-Politik gegenüber China. Mark Leonard, Direktor des ECFR, warnte vor der Gefahr der „Mob-Diplomatie“ und verwies auf den Versuch der Regierung Biden, ihre moderate Haltung beizubehalten, was von Kritikern und den sozialen Medien als Schwäche ausgelegt wurde. Als Konsequenz sagte Blinken seine Reise nach Beijing ab und das US-Militär schoss einen

Heißluftballon ab. Die Notwendigkeit, Stärke zu zeigen, macht eine vernünftige Diplomatie schwierig.

Die *New York Times* hat gezeigt, dass nur militärisch-industrielle Interessen und Politiker, die China als Sündenbock für innenpolitische Probleme nutzen, von antagonistischen Beziehungen profitieren. Sie mahnt die US-Regierung, die Beziehungen zu China zu normalisieren.

„WENN DIE VEREINIGTEN STAATEN NICHT AUF DIE BREMSE TRETEN UND WEITER IN DIE FALSCHER RICHTUNG RASEN, KANN KEINE NOCH SO GROSSE LEITPLANKE IHR ENTGLEISEN VERHINDERN.“





BEWAFFNUNG DER DEMOKRATIE FÜR HEGEMONIALE ZIELE

In der Vergangenheit haben die USA die Demokratie im Ausland „gefördert“, indem sie anderen Ländern ihr System aufzwingen. Wissenschaftler bezeichnen das als „liberale Hegemonie“, weil Amerika seine Demokratie nur exportiert, um die eigene nationale Sicherheit zu stärken. Mit dieser „Bewaffnung“ von Demokratie im Interesse der Hegemonie werden die betroffenen Nationen nicht nur tyrannisiert, oft wird das Ziel auch vollständig verfehlt. Im Irak und in Afghanistan hat die von den USA erzwungene „demokratische Transformation“ zu Katastrophen geführt.

Auch *Foreign Policy* kritisiert die Art, mit der die Vereinigten Staaten die Demokratie in anderen Ländern installiert haben und mahnt, dass Demokratie nicht von außen aufgezwungen werden kann. Vielmehr wäre Respekt vor anderen Kulturen und die Aner-

kennung der eigenen Systemgrenzen für die Zusammenarbeit mit anderen Nationen notwendig.

Die Vereinigten Staaten haben sich wiederholt in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, Konflikte ausgelöst und das Völkerrecht selektiv und im Sinne ihrer Interessen angewendet. Sie haben das Konzept der nationalen Sicherheit überstrapaziert, Exportkontrollen missbraucht und anderen Nationen einseitige Sanktionen aufgezwungen. Dabei haben sie sich stets als Förderer der Demokratie dargestellt. Dieses gewaltsame Vorgehen wurde von der internationalen Gemeinschaft heftig kritisiert und sie verlangt ein neues, auf Dialog beruhendes Modell der Beziehungen. Auch China lehnt Hegemonismus und Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder ab und fordert die USA auf, ihre bisheri-

gen Praktiken aufzugeben.

Das betrifft auch die Anwendung der „*long-arm jurisdiction*“. Die Vereinigten Staaten üben ihre weitreichende Gerichtsbarkeit sowohl auf Verbündete als auch auf politische Feinde aus. Ihrem Wesen nach war die amerikanische „*long-arm jurisdiction*“ seit ihren Anfängen ein Instrument zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie einschließlich der Unterwanderung anderer Regierungen. Das hat zu Spannungen geführt und das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Sicherheitssystem bedroht. Die Vereinigten Staaten müssen auf ihre illegalen „Gerichtsbarkeitsmaßnahmen“ verzichten und ihrer internationalen Verantwortung als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats gerecht werden.

DER WESTLICH-ZENTRIERTE TRUGSCHLUSS DES „GIPFELS DER DEMOKRATIE“



Der „Gipfel für Demokratie“ ist ein Trugschluss, weil der dafür von den Vereinigten Staaten behauptete „Wettbewerb zwischen Demokratie und Autoritarismus“ ein falsches Narrativ ist. Es basiert auf Westzentrismus und Kolonialismus und verkennt eine Trendwende der Sichtweise eines Großteils der internationalen Gemeinschaft. Die meisten Länder der Welt sind der Ansicht, dass die größte Herausforderung nicht darin besteht, den Wettbewerb „Demokratie gegen Autoritarismus“ zu gewinnen, sondern darin, sich zusammenzuschließen, um globale Probleme wie den Klimawandel und die Auswirkungen der Ukraine-Krise zu bewältigen.

Wie der deutsche Bundeskanzler Scholz feststellte, ist die internationale Multipolarität ein unauf-

haltsamer Trend. Die Vereinigten Staaten sind jedoch bestrebt, dieser historischen Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie die Welt auf der Grundlage ihrer eigenen geopolitischen Agenda in „demokra-

„DIE VEREINIGTEN STAATEN ZÖGERN, IHRE GLOBALE VORMACHTSTELLUNG AUFZUGEBEN UND HABEN ANGST VOR EINER MULTIPOLAREN WELT.“

tische“ und „nichtdemokratische“ Fraktionen einteilen. Dieser Ansatz birgt die Gefahr, die Welt in einen neuen Kalten Krieg zu stürzen, der durch gefährliche Konfrontationen zwischen den gegnerischen Lagern gekennzeichnet ist - ein Vorgehen,

das von der internationalen Gemeinschaft nicht unterstützt werden kann. Um einen Ausweg aus der gegenwärtigen geopolitischen Krise zu finden, muss Europa auf die Perspektiven der Länder des globalen Südens hören und verstehen, warum seine derzeitige Position unhaltbar ist.

Politico schreibt, dass der Westen zunehmend isoliert ist. Auch eine kürzlich durchgeführte Umfrage des [European Council of Foreign Relations \(ECFR\)](#) demonstriert, dass der Ukraine-Konflikt zwar die westlichen Nationen geeint hat, gleichzeitig zeigt die Studie aber auch eine große Kluft auf zwischen den westlichen Ansichten über Russland und den Krieg und die Sichtweise der Länder außerhalb des Kontinents.



Das Erbe des Kalten Krieges hat viele Menschen im Westen zu der Überzeugung gebracht, dass die Welt auf eine bipolare Struktur zusteuert, die von China und den USA dominiert wird. Präsident Biden hat den Konflikt in der Ukraine als Kampf zwischen Autoritarismus und Demokratie dargestellt und die Verteidigung der Demokratie als verbindende Botschaft sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene verwendet. Dies hat in den USA zu einer Rückkehr zur Führungsrhetorik der „freien Welt“ geführt. Die meisten Menschen außerhalb des Westens teilen diese Einteilung jedoch nicht, da sie die Welt nicht als bipolare, sondern als multipolare Ära

mit mehreren Machtzentren sehen. Der Westen muss mit internationalen Partnern zusammenarbeiten, die unterschiedliche Auffassungen über den Konflikt haben, wenn er politische Erfolge erzielen und die Geopolitik nach dem Ende des Konflikts mitgestalten will. Um dies zu erreichen, muss der Westen Länder wie Indien, Brasilien und die Türkei als Partner bei der Gestaltung der künftigen Ordnung betrachten und nicht als Akteure, die er zur „richtigen Seite der Geschichte“ bekehren kann.

Die Vereinigten Staaten zögern, ihre globale Vormachtstellung aufzugeben und haben Angst vor einer mul-

tipolaren Welt. Die USA bevorzugen die Vorteile und den Status, die mit ihrer Vormachtstellung einhergehen und sehnen sich nach der kurzen Zeit zurück, in der sie keine Konkurrenten hatten. Infolgedessen arbeiten die USA aktiv daran, ihre Führungsrolle wieder zu behaupten, Russland zu schwächen und den Aufstieg Chinas zu bremsen. Der Versuch, die Multipolarität zu verhindern, dürfte jedoch teuer und ineffektiv sein. Stattdessen sollten sich die USA auf eine Zukunft mit mehr Multipolarität vorbereiten und keine Zeit und Ressourcen für den Versuch verschwenden, den Trend umzukehren.



TABU ODER OFFENES GEHEIMNIS? KONTROLLE DES ONLINE-DISKURSES



„WIE UNSICHER MUSS DIE GRÖSSTE SUPERMACHT DER WELT SEIN, WENN SIE DIE LIEBLINGSAPP DER JUNGEN LEUTE SO FÜRCHTET?“

Obwohl die USA stets die Bedeutung der Meinungsfreiheit betonen, gab es Fälle, in denen die Regierung ihre Macht genutzt hat, um soziale Medien zu kontrollieren oder als heikel erachtete Äußerungen zu unterdrücken. US-Politiker und Medien halten sich aus der Diskussion über diese Themen weitestgehend heraus. Das wirkt wie ein Schweigen zu politischen Tabus oder eine Selbstzensur.

Bei dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline ist die Lage bis heute unklar und die USA stehen weiterhin im Verdacht, der Drahtzieher zu sein. Die Ermittlungen kommen nicht voran und werden offenbar behindert. Auch halten sich die US-Medien mit der Berichterstattung sehr zurück. China unterstützt die Vereinten Nationen dabei, eine unparteiische Untersuchung durchzuführen und die verantwortlichen Parteien zur Rechenschaft zu ziehen.

Die von Elon Musk veröffentlichten „Twitter Files“ zeigen, wie Twitter Inhalte „auf Anweisung, in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Regierung“ moderiert. Beispielsweise ordnet Twitter Tweets ein und begrenzt die Reichweite einiger Konten durch eine Praxis, die intern als „Sichtbarkeitsfilterung“ bezeichnet wird. Twitter unterscheidet dies vom Shadow Banning, bei dem „Inhalte für alle außer der Person, die sie gepostet hat, unauffindbar gemacht werden“. Eine Datei zeigte, dass das Twitter Site Integrity Team Konten des United States Central Command (CENTCOM) auf eine Whitelist gesetzt hat, die für Online-Einflusskampagnen in anderen Ländern, darunter Jemen, Syrien und Kuwait, verwendet wurden. Die Whitelist sorgte dafür, dass diese Konten ihre Zugehörigkeit zum Militär nicht preisgeben und als normale Nutzer erscheinen.

Trotz seiner Beliebtheit bei Teenagern droht TikTok ein mögliches Verbot in den Vereinigten Staaten. Die US-Regierung hat behauptet, dass die App eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt, aber wenn das stimmen würde, wären die Beweise schon längst vorgelegt worden. Der eigentliche Grund für das Vorgehen der US-Regierung ist, dass die Popularität von TikTok das US-amerikanische Informationsmonopol über China in Frage stellt und dem globalen Publikum eine authentische Perspektive des Landes bietet. Das passt offenbar nicht in das Bild von China, wie es einige amerikanische Politiker für ihre Zwecke entworfen haben. Um den Sprecher des chinesischen Außenministeriums zu zitieren: „Wie unsicher muss die größte Supermacht der Welt sein, wenn sie die Lieblingsapp der jungen Leute so fürchtet?“



DER NACHHALL DES IRAKKRIEGS:

BESESSENHEIT VOM PRIMAT FÜHRT ZUM KRIEG



Vor 20 Jahren marschierte das US-Militär in den Irak ein, ein illegaler Angriffskrieg auch nach **Ansicht des deutschen Bundesgerichtshofes**, der gegen die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht verstieß und dem Irak und der Region schweres Unglück brachte. Aus diesem Krieg lassen sich drei Lehren ziehen.

Erstens: Der Rückgriff der USA auf ihre militärische Macht zur Verfolgung geopolitischer Ziele ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Der Vorwand zur „Förderung der Demokratie“ legitimiert keinen Krieg.

Zweitens: Das Gespenst des Irak-Kriegs existiert auch heute noch, nämlich die Besessenheit der USA, ihre Vormachtstellung und ihren Hegemonialstatus aufrechtzuerhalten. Die USA müssen geopolitische Sicherheitsfragen mit Umsicht und Verantwortungsbewusstsein angehen, sonst könnten sie die Welt erneut in einen Konflikt treiben.

Drittens: Der Mangel an Rechenschaftspflicht für die Kriegsanstrengungen der USA ist ein Beispiel für die selektive Anwendung internationaler Regeln, die der Glaubwürdigkeit der internationalen Rechtsstaatlichkeit schadet. Die Aufrechterhaltung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen und der internationalen Rechtsstaatlichkeit ist entscheidend, um zu verhindern, dass die Starken die Schwachen schikanieren.

Foreign Affairs schreibt, dass die Neokonservativen zu optimistisch waren, was die Fähigkeit der Vereinigten Staaten anging, dem Irak ihren Willen aufzuzwingen und eine stabile Demokratie zu schaffen. Der Irak-Krieg ist ein abschreckendes Beispiel für die Folgen einer Außenpolitik, die unter dem Deckmantel einem riskanten strategischen Kalkül folgt.

Der Irak Krieg spielt auch für die zurückhaltende Sicht des Globalen Südens auf die Ukraine-Krise eine Rolle. Man zieht Vergleiche,

sieht Doppelmoral und erinnert sich, dass es damals kaum Proteste westlicher Regierungen gegen Amerikas Invasion gab. Deutschland gehörte zu den wenigen Ausnahmen.

Die Entscheidung, in den Irak einzumarschieren, beruhte auf dem Streben, die globale Vormachtstellung zu sichern und andere Länder vom Aufstieg abzuhalten. **Die fehlerhafte Logik, die zu diesem Krieg geführt hat, ist noch aktuell und wird mit China wiederholt.** Es zeichnet sich ein parteiübergreifender Konsens ab, immer härter gegen China vorzugehen, und das Umfeld in Washington ähnelt der Zeit vor dem März 2003, als US-Politiker begierig darauf waren, es mit einem Gegner aufzunehmen. Bei der Verteidigung ihrer herausragenden Machtposition gehen die Vereinigten Staaten enorme Risiken ein, ohne mit einzukalkulieren, wie eine verstärkte Rivalität die Welt unsicherere machen könnte.





Eine vereinte Welt

Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Sollten Sie daran Interesse haben, ihn auch weiterhin mindestens einmal im Monat zu beziehen, dann können Sie ihn per Mail hier abonnieren:

newsletter.botschaftchina@gmail.com

[Hier finden Sie unser Newsletter-Archiv](#)

Wenn Sie Kommentare oder Anregungen zum Newsletter haben oder ihn abbestellen wollen, schreiben Sie uns gerne an dieselbe Adresse. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!



Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland
Märkisches Ufer 54, D-10179 Berlin